

Ercheint
an allen Wochentagen.
Bezugspreis
ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Fernsprecher: 4246, 2273.
3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 20.— M.
im Restland 60.— M.
für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restland 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postkonten für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Dilatorische Behandlung.

Es gibt ein gewisses Verfahren in der Erledigung oder Nichterledigung schwebender Angelegenheiten, das den schönen Namen „dilatorische Behandlung“ trägt. Hinter dieser schönen Bezeichnung birgt sich etwas sehr Einfaches: Wenn man zu keinem Entschluß kommen kann oder wenn es aus irgend einem Grunde un bequem erscheint, einen solchen Entschluß gleich zu fassen oder bekannt zu geben, dann verschleppt man die Sache, schiebt die Entschlußfassung hinaus, in der Hoffnung, daß die Zeit schon das ihre tun wird und daß nach acht oder vierzehn Tagen die Angelegenheit ohne menschliches Zutun ganz anders aussehen kann. „Verschiebe nichts auf morgen, was Du noch übermorgen besorgen kannst“ oder „Keine Sache ist so wichtig, daß sie nicht durch längeres Liegenbleiben noch viel wichtiger werden könnte.“

Der Oberste Rat hat es für gut befunden, von der „dilatorischen Behandlung“ der oberschlesischen Frage Gebrauch zu machen.“ Auf dem Tische liegt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“

Man darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Beschluß der Anrufung des Völkerbundes wirklich der vorletzte Beschluß in dieser nach jeder Richtung gewaltig bedeutungsvollen Frage ist, und daß es sich nur um eine kurze Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung handelt. Befürchtungen, daß diese letzte Frist — wenn sie wirklich die letzte ist — nicht ganz kurz sein wird, sind freilich nicht von der Hand zu weisen. Die polnische Presse spricht von einer Verzögerung von 2—3 Monaten, während die deutsche Presse Oberschlesiens schon mit einem halben Jahr und noch längere Zeit rechnet.

Der leidende Teil ist natürlich in erster Linie die Bevölkerung Oberschlesiens. Dort an Ort und Stelle wirkt die Verzögerung der Teilung geradezu verheerend. Man braucht nur die dort erscheinenden Blätter durchzulesen, um sich eine Vorstellung von der Größe dieser verheerenden Wirkung in wirtschaftlicher Hinsicht zu machen. Schon konnte man überall Anzeichen einer sich ankündigenden erhöhten Geschäftstätigkeit finden, die dann einsetzen sollte, wenn die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gefallen sein würde. Einzelne Gruben wollten neue Bohrungen vornehmen, neue Schächte abteufen. Andere Werke wollten den Bau der Arbeiterhäuser wieder aufnehmen. Ziegeleien wollten ihre Tätigkeit wieder beginnen oder steigern, um den größeren Bedarf decken zu können. Der Kaufmann machte sich schlüssig über neue größere Stellen. Ein neuer Frühling schien in das Land einzziehen zu wollen.

In diesen Frühling froher Hoffnungen fiel der Beschluß von Paris hinein, ein Rauchfahnen, der eine Anzahl geschäftlicher Knochen vernichtete. Zufriedene gibt es unter der oberschlesischen Bevölkerung überhaupt nicht mehr, schon lange nicht mehr. Jetzt aber hat die Unzufriedenheit der gesamten oberschlesischen Bevölkerung einen solchen Umfang angenommen, daß sie trotz der scharfen Zensur auch in der Presse zum Ausdruck kommt, und zwar sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Presse. Der „Bogweier“, das Weimarer Organ Korjantys, nennt das Spiel von Paris „eine Komödie, die mit liebenswürdiger und lächelnder Miene durchgeführt wurde“, und die der oberschlesischen Großindustrie nahestehende „Düdenische Morgenpost“ stellt bedauernd fest, daß die Hoffnung auf eine unparteiische, gerechte Entscheidung durch die neuerliche Wendung nicht gestiegen ist.

Die Befürchtung, daß es sich durchaus nicht um eine ganz kurze Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung handelt, scheint ihre Stütze zu finden in der Tatsache, daß die in Oberschlesien tätigen Offiziere und Beamten der Verbandsmächte wieder ihre Frauen und Kinder dorthin kommen ließen, daß die Verträge mit Zivilbeamten der interalliierten Kommission für einen größeren Zeitraum verlängert wurden, daß einzelne Gebäude noch für eine Reihe von Monaten gemietet wurden, und in der Havasmeldung, „Le Mond und Korjanty kehrten nach Oberschlesien zurück.“ Und die große Frage ist: Wird bis zu der schließlich erwarteten Entscheidung Ruhe im Lande sein? Der Oberste Rat hat in einem Aufruf die gesamte oberschlesische Bevölkerung zur Ruhe gerufen, und in Kattowitz haben deutsche und polnische Führer miteinander verhandelt und sich gemeinsam an die Bevölkerung gewandt und sie zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, damit weiteres Blutvergießen vermieden werde. Ob diese Bemühungen ausreichen werden, das Land vor neuen Greueln zu beschützen, ist bei dem Radikalismus eines Teiles der Bevölkerung zum mindesten zweifelhaft. Es wird noch zweifelhafter, wenn man hört, daß es noch immer Volksaufwiegler gibt, die mit der Losung „Alles oder nichts“ hausieren gehen.

Aber die Notwendigkeit einer beschleunigten Lösung der oberschlesischen Frage ist eine Notwendigkeit nicht nur für Oberschlesien selbst, sondern ebenso sehr auch für Deutschland und für Polen, wo gegenwärtig fast alles, was in Politik und Wirtschaft geschieht, mit dieser Frage verknüpft wird, und für ganz Europa. Die heilige Sehnsucht nach Ruhe und Frieden, die die Völker Europas erfüllt, fordert, daß die oberschlesische Frage endlich aus der Welt geschafft wird.

Vor der Entscheidung.

Festsetzung der Grenze auch ohne Einstimmigkeit.

Danzig, 19. August. (P.A.) Aus Rom wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Bonomi erklärte, daß der Oberste Rat entschlossen sei, die Grenze in Oberschlesien, die der Völkerbund rat festlegen würde, selbst dann anzuerkennen, wenn der Beschluß des Völkerbundesrates mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit zustande kommen sollte.

Die italienischen Hilfstruppen für Oberschlesien.

Danzig, 19. August. (P.A.) Die italienische Regierung beschloß, nach Oberschlesien zwei Infanteriebataillone zur Verstärkung der dort befindlichen italienischen Truppen zu senden.

Die englischen Hilfstruppen.

Danzig, 19. August. Aus London wird gemeldet: Die englische Regierung beschloß, zwei Bataillone nach Oberschlesien zu senden, wenn Frankreich und Italien ebenfalls schickten.

Die Italiener im Völkerbundsrat.

Rom, 19. August. Der italienische Ministerrat billigte den Standpunkt der italienischen Delegierten in Paris und ernannte den ehemaligen Außenminister Scialoja zum Vertreter Littonis im Völkerbundsrat.

Pariser Nachklänge.

Ein Bericht Bonomis.

Rom, 19. August. (P.A.) Der Ministerpräsident Bonomi berief nach seiner Rückkehr aus Paris die Vertreter der Presse zu sich, um sie über den Verlauf der Sitzung des Obersten Rates zu informieren. Dieser Pressekonferenz wohnten auch der Außenminister Della Torretta, der Finanzminister Soleri und der Schatzminister De Noba bei. Bonomi erklärte, im Augenblick der Ankunft der italienischen Delegation in Paris hätte sich die oberschlesische Frage in einem Stadium höchster Spannung befunden, und die italienische Delegation hätte sich Mühe gegeben, den Konflikt zu mildern. Die völlige Anerkennung Oberschlesiens an die eine oder die andere Seite wurde einstimmig abgelehnt. Da man aber bezüglich der Teilung des Abstimmungsbereichs zu keiner Einigung gelangen konnte, besonders hinsichtlich des Industriegebietes, so schlug die italienische Delegation die Anrufung des Völkerbundes vor. Auf diese Weise wurde die Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen vermieden. Die Italiener unternahmen noch einen Einigungsversuch und retteten die Festigkeit der Entente. Die Verbündeten Italiens würden seine Verdienste in dieser Hinsicht zu würdigen wissen.

Della Torretta fügte dem Bericht Bonomis hinzu, der gefasste Beschluß entspreche dem Vertrag von Versailles. Es handelt sich um ein wirkliches Schiedsgericht, denn sowohl die Vertreter Deutschlands als auch die Vertreter Polens würden von dem Völkerbundsrat angehört werden.

Finanzminister Soleri berichtete über die in Paris behandelten Finanzfragen, besonders über die Frage der Entschädigung, und erklärte, daß die Lage Italiens sich bessern werde, wenn auch nicht alle berechtigten Forderungen Italiens befriedigt würden. In der Finanzkonferenz unterzeichneten alle Minister das Protokoll ohne Vorbehalt. Nur der Vertreter Frankreichs behielt sich die Einwilligung seiner Regierung vor. Soleri und Bonomi wiesen darauf hin, daß dieser Vorbehalt die Gültigkeit der geschlossenen Verträge nicht beeinträchtigt. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist von den Ergebnissen der Konferenz nicht ganz befriedigt, doch sei zu hoffen, daß man sich über die berührten Fragen gütlich einigen werde.

Schatzminister De Noba berichtete: Was die der deutschen Regierung auferlegte Naturalzahlung betrifft, so hat Italien die Lieferung von Waren und Produkten verlangt, die auf dem Handelsmarkt keine Konkurrenz bedeuten.

Eine Rede Briands.

Paris, 19. August. (P.A.) Briand empfing am Mittwoch Vertreter der Presse und sagte ihnen ungefähr folgendes: „Wenn ich aufrichtig sein soll, so muß ich sagen, daß ich wenig Grund habe, die Polemik fortzusetzen, die uns in der Tagung des Obersten Rates in Anspruch genommen hat. Die ganze Angelegenheit ruht jetzt in den Händen des Völkerbundes. Dieser Rat setzt sich bekanntlich aus Vertretern von 8 Ländern zusammen, die in ihrer Gesamtheit eine vollkommene Gewähr dafür geben, daß ihr Urteilspruch unparteiisch und unbeflüßt gefällt wird. Es wird ihnen möglich sein, in ihrem Gewissen und in ihrem Gerechtigkeitsgefühl den Faktor zu finden, der sie veranlassen wird, in Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages von Versailles zu entscheiden. Nach dieser Richtung habe ich nicht die geringste Befürchtung.“

Nach diesen Worten wandte sich einer der Pressevertreter an den Ministerpräsidenten und sagte: „Herr Ministerpräsident, wir sind der Ansicht, daß Sie die letzte Rede Lloyd Georges im englischen Unterhaus nicht unbeantwortet lassen können. Da Sie gegenwärtig in Anbetracht der Parlamentsferien in der Deputiertenkammer nicht zu Worte kommen können, würden Sie, Herr Präsident, uns nicht einige Worte darüber sagen?“

Nach einigem Schwanken sagte Briand: „Die letzte Rede Lloyd Georges stimmt fast wortgetreu mit dem überein, was er im Obersten Rat sagte. Er vertritt auch jetzt seine dort vertretene These mit denselben Argumenten wie dort, was übrigens den Standpunkt Frankreichs nicht im geringsten erschüttert. Lloyd George glaubt, der einzige Grund unseres Standpunktes sei die Sorge um unsere eigene Sicherheit. Im Gegenteil. Auch wir lassen uns, wie er, ausschließlich von dem Gedanken der Gerechtigkeit und der genauen Befolgung der Bestimmungen des Friedensvertrages leiten. Es handelt sich hauptsächlich um die Auslegung des Artikels 88 des Vertrages von Versailles, das heißt um die Beweggründe, die seinerzeit die Verbündeten veranlaßten, das Schicksal Oberschlesiens von dem Ergebnis der Abstimmung abhängig zu machen. Das Gutachten, das der Völkerbundsrat aussprechen wird, wird als der Urteilspruch einer von uns angerufenen höheren Instanz die entstandenen Schwierigkeiten beseitigen. Während der Diskussion im Obersten Rat waren wir darin vollkommen einig, daß unsere Sachverständigen, und besonders die Juristen, eine Einstimmigkeit hinsichtlich zweier Punkte herbeigeführt haben: 1. Der Vertrag von Versailles läßt eine Teilung Oberschlesiens zu. 2. Bei dieser Teilung, die entsprechend den Wünschen der Bewohner vor sich gehen muß, hat die ethnographische Zusammensetzung der Bevölkerung den Ausschlag zu geben. Sehen wir also zu, was die Abstimmungsergebnisse sagen und berücksichtigen wir dabei die geographischen Gesichtspunkte, von denen der Artikel 88 spricht. Schon der erste Blick auf die Karte Oberschlesiens müßte den Verräter zur Teilung in zwei gleiche Teile führen. Der westliche Teil, der an

Deutschland grenzt, hat eine deutsche Mehrheit. Der östliche Teil eine polnische Mehrheit. Frankreich hat vom ersten Augenblick an eine Teilung dieser Art beantragt, und es würde schwer sein zu beweisen, daß das eine Vergewaltigung des Buchstabens und besonders des Geistes des Vertrages von Versailles bedeutet. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, daß wir die wirtschaftliche Seite der Frage nicht genügend berücksichtigt hätten, während der Artikel 88 das ausdrücklich vorschreibt. Im gegebenen Falle handelt es sich besonders darum, was unter der Bezeichnung „Industriegebiet“ zu verstehen ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Grube gewissermaßen die Keimzelle der Industrie darstellt und daß von ihr dauernd die Entwicklung der Industrie abhängt. Daher waren wir der Ansicht, daß im Sinne des Artikels 88 das ganze „Gruben- und Industriegebiet in seiner Gesamtheit berücksichtigt werden müsse und nicht ausschließlich das Industriegebiet im engeren Sinne. Berechnen wir die Stimmen, die bei der Abstimmung gerade in diesem Gebiet abgegeben wurden, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß hier die Polen zweifellos die Mehrheit hatten. Es wird wohl jeder zugeben, daß eine solche Lösung dem Vertrag von Versailles entspricht und daß Frankreich diese Teilung vertreten kann, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, es fehle ihm an Gerechtigkeitsgefühl. Trotzdem wollte die englische Delegation die Berechtigung unserer Auffassung nicht einsehen. Sie hielt an dem Ausdruck „Industriegebiet“ in seiner engeren Bedeutung fest und wies auf die isolierten, aber starken deutschen Volksinseln in diesem Gebiete hin, die die Bedeutung einer gewissen Etappe in der allgemeinen Entwicklung des dortigen Höhenrumpfes bedeuten. In diesem Stadium der Beratung wurden die Sachverständigen zur Bestimmung der Grenzen des Industriegebietes und zur Vorbereitung des Materials für die Frage, ob dies Gebiet teilbar sei, berufen.“ (Der Schluß der Rede Briands fehlt in der Meldung der Poln. Telegraphen-Agentur. Anmerkung der Schriftleitung.)

Der Paragraph 88 des Friedensvertrages.

Die von Briand gemeinte und in seiner Rede wiederholt angeführte Stelle des § 88 des Vertrages von Versailles ist der § 5 des Anhangs zu diesem Hauptparagraphen. Er lautet: „Nach Schluß der Abstimmung wird die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen durch die Kommission der alliierten und assoziierten Hauptmächte mitgeteilt, zugleich mit einem genauen Bericht über den Verlauf der Abstimmung und einem Vorschlag über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien anzunehmende Linie, bei der sowohl von den Einwohnern ausgedrückte Wünsche als auch die geographische und wirtschaftliche Lage Berücksichtigung findet.“

Die Gefangenen von Avignon.

Paris, 19. August. Die französische Regierung hat angeordnet, daß alle im Lager von Avignon gegenwärtig noch gefangen gehaltenen Staatsangehörigen der Zentralmächte, 34 Deutsche, 3 Österreicher, 1 Ungar und 2 Tschechen freigelassen werden. Die freigelassenen Gefangenen sollen nach Maastricht transportiert werden. Es befinden sich noch einzelne deutsche und österreichische Gefangene in anderen französischen Lagern.

Aus Sowjetrußland.

Wiederherstellung des Privateigentums.

Moskau, 19. August. (P.A.) Der Rat der Volkskommissare erließ ein Dekret, das den Privatbürgern Rußlands erlaubt, staatliche Gebäude, die vorher ihr Eigentum waren, und neue Häuser anzukaufen. Auf diese Weise wird das Privateigentum wiederhergestellt.

Die Rolle Brussilows in Sowjetrußland.

Riga, 19. August. Einem Vertreter des Rigaer sowjetoffiziösen Blattes „Nomy Butj“ erklärte der in Moskau weilende General Brussilow, er sei aus Vaterlandsliebe in den Dienst der Sowjetregierung getreten, obgleich er mit der Politik der Sowjetregierung nicht einverstanden sei. Bisher sei er als Kavallerieoberstleutnant in der staatlichen Pferdeverwaltung tätig und führe den Vorsitz in zwei Ausschüssen, welche die Frage der Durchführung des Militärsystems bearbeiten. Eine neue militärische Intervention halte er für unwahrscheinlich.

Für die Hungernden in Rußland.

Riga, 19. August. (P.A.) Die amerikanisch-russische Konferenz über die Hilfsaktion für die vom Hunger betroffenen Gebiete, die am Sonnabend stattfinden sollte, wurde vertagt, weil Brown noch keine Antwort aus Washington auf seine Depesche erhalten hat, in der er Beschlüssen über weitere Verhandlungen forderte. Die lettische Regierung ernannte den Leiter des Außenministeriums Salnatis zum Direktor der Rettungsaktion. Salnatis bereitet einen Plan vor, der in der Rabinetsitzung vorgelegt werden wird. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen Lettlands senden einige Waggons mit Mehl und Samen nach Rußland. Der lettische Verkehrsminister verspricht, täglich 1000 Waggons zum Transport nach Rußland zur Verfügung zu stellen. Die amerikanischen und russischen Sachverständigen prüfen gegenwärtig die Lage des Transports nach Rußland. Es wurde festgestellt, daß die Wolgaflotte zu benutzen ist. Dagegen hat der größte Hafen an der Donnmündung, Rostow, einen so niedrigen Wasserstand, daß dort nur Schiffe mit 2000 Tonnen Inhalt einlaufen können. Der Hafen Noworossijsk wurde aus Anlaß der Minengefahr angehalten.

Genf, 19. August. (P.A.) Die Konferenz, welche über die Hilfsaktion für Rußland beriet, nahm eine Entscheidung an betreffend Bildung eines Hilfskomitees zur Zusammenfassung aller privaten und amtlichen philanthropischen Organisationen. Ranson und Hoover wurden zu Oberkommissaren der Konferenz für die Hilfsaktion für Rußland ernannt und erhielten die Bevollmächtigung, mit der Sowjetregierung Verträge über die Kontrolle und Verteilung der Rußland überwiesenen Lebensmittel abzuschließen. Diese Entscheidung wird Briand, als dem Vorsitzenden des Obersten Rates, vorgelegt werden.

Englands Vertreter im internationalen Hilfsausschuß.

London, 19. August. (P.A.) Dem internationalen Ausschuss zur Vorbereitung einer sofortigen Hilfsaktion für die vom Hunger bedrohten russischen Gebiete werden als Vertreter Englands Lloyd Greame, der Direktor des Departements für Seehandel, John Dewett und der ehemalige englische Konsul in Moskau Wardrepp angehören.

Die Beteiligung Lettlands und Estlands.

Riga, 19. August. (P.A.) Der lettische und der estnische Gesandte in Paris haben dem Obersten Rat eine Note überreicht mit der Forderung, die Vertreter Lettlands und Estlands zu dem vom Obersten Rat organisierten Rettungsausschuß zuzulassen.

Der umgedrehte Spieß.

Prag, 19. August. Bei dem Zeichenbegangnis des in Auftrag von den Tschechen geordneten Reichsdeutschen Hoff hielt auch der Legationsrat der deutschen Gesandtschaft in Prag, Dr. Zimmer, eine Gedächtnisrede, in welcher er darauf hinwies, daß durch derartige Zusammenkünfte das gute Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gefördert werden könnte. Nunmehr erklärt das Organ des Ministers des Äußeren, daß wegen dieser ungewöhnlichen und „ungehörigen“ Rede die tschechoslowakische Regierung in Berlin Vorstellung erheben werde.

Eine tschechische Regierungskrise?

Prag, 19. August. Die letzten Vorfälle in Auftrag und die damit zusammenhängende parlamentarische Obstruktion des Deutschen Verbandes haben die Stellung des tschechoslowakischen Kabinetts Cerny so erschüttert, daß die Presse bereits von einem bevorstehenden Rücktritt des Gesamtkabinetts spricht.

Der nationaldemokratische „Lidove Noviny“ berichtet, daß Ministerpräsident Cerny dem Präsidenten Masaryk gleich nach dessen Rückkehr, also noch in dieser Woche, die Demission der Regierung überreichen werde. Masaryk werde den Rücktritt annehmen, aber den Ministerpräsidenten mit der Leitung der Regierungsgeschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts betrauen. Falls Ministerpräsident Cerny nicht als Minister des Innern ins neue Kabinett eintritt, werde er zum ersten ordentlichen Gesandten der tschechoslowakischen Republik in Wien ernannt werden.

Albanien und Südslawien.

Belgrad, 19. August. (Tel.-An.) Aus Skutari wird gemeldet, daß die Mirditen in westlicher Richtung auf Bulgarien vorgerückt sind und die Verbindung zwischen Skutari und Tirana zu zerstören drohen. Es sind drei Bataillone ausgesandt worden, um den Aufstand zu unterdrücken.

Gent, 19. August. (Tel.-An.) Die Regierung von Albanien, die Mitglied des Völkerbundes ist, hat auf Grund von Artikel 2 des Völkerbundesvertrages die Intervention des Völkerbundes anrufen, um den Frieden zwischen Albanien einerseits und Serbo-Kroato-Slawonien andererseits herzustellen. Albanien fühlt sich bedroht.

England und Irland.

London, 18. August. (P.M.) De Valera hielt am Dienstag in Dailiream eine Rede, in der er seine Erklärung betreffs der völligen Unabhängigkeit Irlands wiederholte und sagte, daß Irland die Bedingungen der englischen Regierung nicht annehmen kann. Trotz dieser unabweislichen Erklärung herrscht in gut informierten politischen Kreisen die Überzeugung, daß man diese Aussage nicht wörtlich nehmen muß. Eine große Bedeutung wird der Tatsache beigegeben, daß das offizielle Organ der Sinnfeiner bei Beiprehung der Bedingungen der englischen Regierung, die es für unannehmbar ansieht, am Schluß sagt, daß der Weg zu einer ehrenvollen Verständigung noch offen ist. „Daily News“ schreibt, daß nicht die Rede De Valeras, sondern die schriftliche Antwort des Sinnfeinerparlamentes das endgültige Dokument zu weiteren Verhandlungen bilden wird.

Die Republik Südsibirien.

Wien, 19. August. Die Nachrichten, die über die angebliche Ausrufung der Republik Südsibirien vorliegen (vergl. „Pos. Tagebl.“ Nr. 145), weichen sehr stark voneinander ab. Je nachdem sie aus ungarischer oder südsibirischer Quelle stammen. Doch scheint festzu stehen, daß die jumeit kommunistischen Arbeiter der dortigen Kohlengruben fürchten, bei der jetzt zu vollziehenden Übergabe des Gebietes aus südsibirischer in ungarischen Besitz ein Opfer der Gewalttatigkeit der Militärdemokraten zu werden.

Massnahmen des Votschasterrates.

Paris, 19. August. (P.M.) Infolge der in Varanva geschaffenen Lage beschloß der Votschasterrat, sofort Schritte in Belgien zu unternehmen, um der südsibirischen Regierung die Vorwende einer Räumung des ungarischen Gebietes vor Augen zu führen.

Wanffy über Varanva und Westungarn.

Pren-Pest, 19. August. (P.M.) In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des ungarischen Parlaments sprach der Außenminister Wanffy über die Angelegenheit des Varanva.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(57. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Horst war dieser Schilderung mit hoher Aufmerksamkeit gefolgt. Als Fall schwieg, fragte er: „Welchen Taufnamen führen Sie?“

Wieder sah es ganz so aus, als hinge für Horst ungeheuer viel von der Antwort auf diese Frage ab.

„Josef heiße ich.“

„Josef! Josef! Auf welchen Tag des März fällt denn Josef?“

„Auf den neunzehnten.“

Horst tat einen tiefen Atemzug.

Fall schüttelte verwundert den Kopf.

„Dann ist ja alles gut!“ hatte sein Besucher gemurmelt.

„Sie halten mich vielleicht für verrückt,“ fuhr er nervös lächelnd fort, „und einstellenden kann ich nichts dagegen haben. Aber es wird, es muß sich schließlich alles aufklären. Auch das eine noch, das mir ein Rätsel ist. Herr Fall! Meinen Dank für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie mir dies alles sagten. Und nun noch ein Ersuchen. Ich muß Ihr Ehrenwort haben, daß Kronberg von diesem meinen Besuch bei Ihnen nichts erfährt.“

Herr Fall, der lange schon begriffen hatte, daß es sich hier um sehr Ernstes handle, verbeugte sich gemessen vor seinem Besucher und sagte ernst: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Aber können Sie es mir nicht sagen, was es mit Kronberg ist?“

Horst schüttelte den Kopf.

„Noch kann ich es nicht sagen,“ entgegnete er, „jedoch ich nehme jetzt schon an, daß Sie in diesem Falle einem Unwürdigen Ihr Vertrauen und Ihre Sympathie zugewendet haben. Aber jetzt gestatten Sie, daß ich mich Ihnen empfehle.“

So hastig und eigentlich auch formlos hatte Herr von Horst noch niemals einen Besuch beendet, wie er es mit diesem tat.

Er war schon draußen, noch ehe Fall sich von ihm verabschieden konnte.

Wieder warf er sich in seinen Fiafer und fuhr zu Hanna.

gebietet und über die Angelegenheiten Westungarns. Die Räumung Varanvas durch die Ungarn soll am 25. d. Mts. beendet sein. Den letzten Vorfällen in Auftrag schreiben die Minister keine Bedeutung zu. Ungarn beharrt ebenso wie die Großmächte auf der Forderung der Räumung. Darauf gab der Minister eine Schilderung der bisherigen Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich betreffs Westungarns. Hierbei betonte er die Nachgiebigkeit der ungarischen Regierung gegenüber der Haltung Österreichs. Nach der Rede des Ministers folgte der Außenaußenaußen eine Entschlieung, in der die letzte Entschlieung der Hauptkommission des österreichischen Parlaments zur Kenntnis genommen wird und die ungarische Regierung aufgefordert wird, bei der Entscheidung über die Angelegenheiten Westungarns die Interessen Ungarns mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu wahren.

Die Deutschen in Polen.

Der Hauptvorstand der Deutschthumsblinde Polens wählte in seiner ersten Sitzung am 17. August d. Js. zum provisorischen ersten Vorsitzenden den Landrat a. D. Eugen Naumann, zum zweiten Vorsitzenden den Herrn L. Wolff. Die erste Sitzung befaßte sich mit der Besprechung der Tagesordnung der für den 11. September d. Js. in Lodz angesetzten ersten Tagung der Deutschen Polens. Es sollen deutsche Vereine, deutsche Künstler und alle, denen ihr Volkstum noch lieb ist, zu diesem Tage aus allen Ecken des Polnischen Reiches zusammenströmen, um diesem Feste den ihm gebührenden Glanz zu verleihen. Vertreter von allen Deutschthumsvereinen und mehrere Sejmabgeordnete werden das Wort ergreifen und die politische Lage hierzulande allseitig beleuchten.

Die Optionsfrage. Aber die Optionsfrage herrscht noch in den weitesten Kreisen die größte Unklarheit. Nach dem Friedensvertrag sind alle hier im Teilgebiet geborenen Personen, ferner diejenigen, die von 1908 im Teilgebiet dauernd ansässig waren, ohne weiteres polnische Staatsbürger geworden. Diese Personen können für Deutschland optieren; und zwar läuft die Optionsfrist bis zum 10. Januar 1922. Innerhalb eines Jahres nach der Option können die Optanten ihr bewegliches Hab und Gut voll- und abgabefrei mit nach Deutschland nehmen. Ob die polnische Regierung bei Optanten, die länger als ein Jahr nach der Option hierbleiben, Zoll und Abgaben erheben wird, ist nicht bekannt. Alle Personen, die nach 1908 in das Teilgebiet gezogen und hier nicht geboren sind, sind deutsche Reichsbürger geblieben und können also auch nicht optieren. Andererseits haben sie auch nicht das Recht für Polen zu optieren. Diese Personen können höchstens bei den polnischen amtlichen Stellen den Antrag stellen, in den polnischen Staatsverband aufgenommen zu werden. Doch macht die polnische Regierung die Verleihung der Staatsangehörigkeit von verschiedenen Bedingungen abhängig.

Republik Polen.

† Der Ministerrat hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. In der der Barner Vertreter der Republik Polen Marcyk Jmowski über die Verhandlungen des Obersten Rates über Oberschlesien berichtete.

† Ernennung. Der „Monitor Polski“ gibt die Ernennung des Generalleutnants Jozef Gzdzik zum Vorsitzenden des Ministerialausschusses für Demobilisierungsangelegenheiten bekannt.

† Rücktritt des Kriegsministers? In politischen Kreisen sind Gerüchte im Umlauf von einem baldigen Rücktritt des Kriegsministers Sosnkowski, der schon in den nächsten Tagen zurücktreten soll. Diese Ansicht soll in Verbindung stehen mit einer Revision in der Defensivabteilung des Innenministeriums und der Verhaftung des Chefs dieser Abteilung, Smarski. Der Beschluß des Ministerrates, der diesen Schritt veranlaßt, wurde auf Antrag des Ministers Sosnkowski gefaßt, der sich auf die Meldungen der Defensivabteilung des Kriegsministeriums stütze. Wie sich herausstellte, waren diese Meldungen falsch und, wie versichert wird, von einer Verstimung diktiert, die in der bevorstehenden Auflösung der militärischen Defensivabteilung bzw. ihrer Unterstellung unter die Defensivabteilung des Innenministeriums ihren Grund hat.

† Der Finanz- und Haushaltsausschuß des Sejm wurde am 18. August einberufen. Auf der Tagesordnung steht der Staatshaushaltsentwurf für 1922.

Deutsches Reich.

** Die Besetzung des Finanzministeriums. Im „Berliner Tageblatt“ wird in einem bemerkenswerten Aufsatz gesagt, die Vorarbeitung der neuen Steuergeetze und die Art über vorläufige Veröffentlichung haben gezeigt, daß es auf die Dauer unmöglich ist, daß der Reichskanzler zugleich

sein eigener Finanzminister sein soll. Zur Bewältigung so ungeheurer Aufgaben der allgemeinen Reichspolitik und der Finanzpolitik würde selbst eine Person von gigantischem, politischem Ausmaß nicht ausreichen. Es kann den Regierungsparteien einschließend der demokratischen der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie nicht rechtzeitig und nachdrücklich auf die Besetzung des Finanzministeriums hingewirkt haben. Auch jetzt ist es hierzu noch nicht zu spät. Die volle Arbeitskraft eines neuen großzügigen Finanzministers ist dringend erforderlich.

Freistaat Danzig.

*† Die Eröffnung der Danziger Börse wird am Montag, dem 20. d. Mts., um 11 Uhr vormittags in Anwesenheit der Vertreter der Behörden, des Handels und der Presse stattfinden.

*† Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Danzig und Polen wird, wie die Danziger Zeitungen berichten, in der nächsten Woche in Warschau stattfinden. Bei der Unterzeichnung wird auch der Oberkommissar des Völkerbundes General Gading anwesend sein.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Polen, 19. August.

Zur Liquidierung deutschen Vermögens in Polen.

Nach den ergangenen politischen Ausfährungsbestimmungen für die Liquidierung deutschen Briva Vermögens in Polen müssen alle nicht im ehemals preussischen Teilgebiet wohnhaften Deutschen eine für den Empfang von Zinsen des Liquidationsamts ermächtigte Person, welche in Polen wohnt, dem Liquidationsamt anzeigen. Diese Anzeige hat binnen einer Frist von 20 Tagen b. w. von 6 Wochen nach Bekanntmachung der Liquidationsabicht im „Monitor Polski“ oder im „Biuletyn Urzadowy Ministerstwa polityki ziemskiej“ zu erfolgen. Die Treuhand G. m. b. H. in Thorn erklärt sich bereit, die Stelle eines beratigen Zustellungsbevollmächtigten zu übernehmen, vornehmlich wenn es sich um deutsches Vermögen handelt, welches in Vommertellen imtiert ist. Zuerstentens, welche nicht an erzwung genügend vertreten erscheinen, können sich an die Treuhand in Thorn, Kulmer Straße 17, wenden.

Lga für Verteilung polnischer Interessen.

Dem „Glos Poranny“ entnehmen wir folgenden Bericht: Im Saale der „Gütte“ hielt am Donnerstagabend die „Liga zur Verteidigung der polnischen Interessen“ eine Versammlung ab, zu der sie zahllose Vertreter von Vereinen und Organisationen aus allen Bevölkerungsteilen eingeladen hat, um über die Mittel gegen die drohende Überschwemmung des ehemals preussischen Anteils durch das Judentum zu beraten und ebenso darüber, wie man mit der Zeit dieses Vorgehen auf alle Teile Polens übertragen könne, die, wie einer von den Rednern sagte, „rufen — schreien, damit wir helfen“. Der Vorsitzende, Herr Berkan, begrüßte die Versammlung und legte in kurzen Worten die Entstehung der Liga und das Ziel der Organisation dar. Sie sei vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden. Da die traurige politische Lage alle Kräfte der Allgemeinheit zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den offen auftretenden Feind aufrief, war es bis jetzt nicht möglich, den Kampf gegen den inneren Feind aufzunehmen, der hundertmal gefährlicher ist als der schon besiegte, weil er über ungeheures Kapital verfügt und über alle diejenigen, die für Geld das Gewissen verkaufen. Gegen einen Feind, der absolut mit keinem ethischen Problem rechnet, der keine moralischen Rechte kennt, der einen ausdrücklichen geheimen und offenen Kampf mit allem führt, was polnisch ist, was irgendwie unserem Volke wie überhaupt der ganzen zivilisierten Menschheit Vorteil bringen kann. Eine Frucht dieser zerstörenden jüdischen Arbeit ist Rußland.

Polen hat in anstrengender Arbeit sich bemüht, die Überhandnahme einer neutralen Minderheit der Bürger des Staates zu verhindern. Es mehrten sich aber die Fälle, wo Juden auf unerlässliche Weise aus dem Boden herauswachsen, ausgerüstet mit der Aufenthaltsgenehmigung in dieser einzigen von unseren wenigen Städten, die frei sind von Vertretern der verderblichen semitischen Kultur. Diese Erscheinung zwingt die Allgemeinheit, sich zu kräftigen, einziger, parteiloser Arbeit zusammenzuschließen in einer Organisation, die über große Kapitalien verfügt, an der in erster Linie die polnische Industrie und der polnische Handel interessiert sind, für die alle Landwirte und Städte opfern sollten sowie alle Klassen des echten polnischen Volkes. Der Redner forderte die Versammelten auf, Vorschläge zu machen. Es sprachen darauf die Herren Jeromski, der Redakteur Krolkowski, Herr Szaradzki, Antoniewicz usw. Alle Redner wiesen darauf hin, daß vor allem die breiten Schichten des Volkes über die Gefahr, die Polen von jüdischer Seite droht, unterrichtet werden sollten. Zu diesem Zweck

Neuerscheinungen aus Recht und Wirtschaft.

I.

Dr. A. Ruffner, Die Rechtsstellung der Deutschen in Polen. Berlin und Leipzig, 1921.

Unter dem obigen Titel läßt der Berliner Anwalt, der den Lesern unseres Blattes von seinen vielfachen juristischen Beiträgen her kein Unbekannter ist, ein Buch erscheinen, das sicher einem großen Bedürfnis entgegenkommt. Sind doch ähnliche Werke auch von anderer Seite in Angriff genommen worden und im Erscheinen begriffen.

Das Naturgemäße wäre es, daß ein solches Buch in dem von ihm behandelten Rechtsgebiet erscheint. Aber dem Deutschthum hier fehlen wohl die notwendigen Kräfte, die Initiative, das Kapital. Selbstverständlich birgt die Beurteilung der hiesigen Rechtslage von Berlin aus manche Gefahren für die Objektivität der Darstellung. Man kann sagen, daß der Verfasser diese Gefahren im allgemeinen recht glücklich überwunden hat. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten, über die er in der Einleitung berichtet, ist es ihm gelungen, sich überraschend gut über die hiesigen Verhältnisse zu informieren. Im einzelnen hätte freilich eine noch genauere Kenntnis der hiesigen Praxis den Wert des Buches bedeutend steigern können. Andererseits sichert die Abfassung im Reich dem Buch wieder Vorteile, die ihm vielleicht bei Abfassung hier abgehen würden, und das sind vor allem die erspürliche Verwertung der deutschen Literatur und Rechtsprechung und die gründliche Kenntnis der deutschen Gesetzgebung. Jedenfalls wird man gut tun, sich bei Materialholung aus dem Buch immer zu vergewissern, daß in ihm der polnische Rechtszustand unter einem recht deutlichen Gesichtswinkel gesehen wird und daß die praktische polnische Rechtsauffassung damit nicht immer in Einklang zu bringen ist. Vielfach hat der Verfasser darauf auch selbst hingewiesen.

Das Buch bringt zunächst eine systematische Darstellung der behandelten Rechtsmaterie, die nach den brennenden Tagesproblemen geordnet ist: Staatsangehörigkeit und Minoritätenrecht, Liquidierung und Währung, Steuer- und Entschädigungsfragen. Abschließend die Agrarreform und die einschlägigen privatrechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages werden nacheinander besprochen. Rühmend hervorzuheben ist die Durchsichtigkeit und Klarheit der sprachlichen Darstellung, die auch dem gebildeten Laien eine nützbringende Lektüre des Buches ermöglicht, eine Tatsache, die besonders hervorzuheben werden muß, weil sie bei juristischen Schriften nicht immer anzutreffen ist. Dem darstellenden Teil folgen dann auf Seite 126—251 Anlagen, die in 11 Wiederabgabe der für den Deutschen in Polen wichtigsten Rechtsbestimmungen bestehen. Ein alphabetisches Sachregister erleichtert das Zurechtfinden.

Es ist das Schicksal der meisten juristischen Bücher, schnell zu veralten, besonders heutzutage. Unsere Gesetzgebungsmaschine arbeitet heute weit schneller als die Buchdruckerpresse, an Geschwindigkeit mit der Notendrucke wetteifern. Das hat zur Folge, daß auch in dem besprochenen Buch so manches, und nicht bloß die

Er fand sie in Tränen und Frau Verta und Breuner waren auch recht bestürzt.

Breuner war ihm bis zur Tür nachgeeilt und hatte ihm zugeflüstert: „Ihre Frau Mutter war nachmittags hier. Ich konnte es nicht verhindern, daß sie mit den Damen redete. Mich hat Ihre Frau Mutter einfach weggeschickt.“

„Was hat es denn gegeben, meine Liebe, meine arme Hanna?“ mit diesen Worten und ausgebreiteten Armen ging Horst auf das weinende Mädchen zu.

Aber Hanna stürzte sich nicht an seine Brust. Seltsam starr schaute sie zu ihm auf und sagte mühsam: „Paul, Deine Mutter hat angedeutet —“ sie kam nicht weiter.

„Was hat sie angedeutet?“ fragte er sehr ruhig. Sein Gesicht war blaß geworden, aber seine Augen blühten.

„Was hat sie angedeutet?“ wiederholte er seine Frage, sich jetzt damit an die alte Frau wendend, denn Hanna schluchzte schon wieder herzbrechend.

„Daß auf meines toten Schwagers Ehre ein Fleck sein müsse und — aber das deutete sie nicht nur an, daß Sie von irgend etwas gequält würden, das sich auf Ihre Heirat mit Hanna bezieht, und?“ — Frau Verta stockte.

„Und?“ fragte Paul noch immer ganz ruhig.

„Und daß es so aussieht, als ob aus dieser Heirat nichts werden könne,“ sagte Frau Verta ganz leise.

Da war es mit Pauls Ruhe vorbei.

Er riß Hanna an sich und beugte ihren Kopf so weit zurück, daß er ihr liebes tränenüberströmtes Gesicht sehen konnte.

„Hast Du mich lieb, lieb genug für ein ganzes, langes Leben?“ fragte er mit bebender Stimme.

„O, Paul!“ flüsterte sie nur; aber die Liebe, die große Liebe, nach der er geforcht, schaute ihn aus ihren Augen an. Er küßte diese Augen, dann sagte er feierlich:

„Meine Hanna, es gibt nichts, das mich von Dir trennen würde. Das eine aber, das da angedeutet wurde — ich weiß es schon jetzt, daß es nicht existiert. So Herz! Sei jetzt ruhig, ganz ruhig. Niemand soll an Deines Vaters Ehrenhaftigkeit zweifeln. Dafür laß nur mich weiter sorgen. Nur frage mich jetzt nach nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

